

und Alexander Schalck-Golodkowski auch die Schweiz berührt haben. In Sachen Schalck-Golodkowski ist zurzeit ein Rechtshilfverfahren in Strafsachen hängig, welches von den Kantonen St. Gallen, Zürich und Tessin vollzogen wird. Es könnte zusätzliche Erkenntnisse über die Beziehungen des Genannten zu schweizerischen Unternehmen ergeben.

Die Tätigkeiten von Wolf und Schalck-Golodkowski standen im Rahmen der gesamten Politik der ehemaligen DDR und waren Teil der auch gegen schweizerische Interessen gerichteten Aktivitäten der damaligen Staatssicherheitsbehörde der DDR. Allerdings ist die Quellenlage gegenwärtig noch sehr unübersichtlich. Sie wird zudem massgeblich durch die in Deutschland anstehende Einsichtgabe in die MfS-Akten und die im Gange befindlichen Untersuchungen gegen Schalck-Golodkowski und Wolf beeinflusst.

Der Bundesrat will die Bestrebungen des Ministeriums für Staatssicherheit gegen die Schweiz aufdecken. Der gegenwärtige Informationsstand erlaubt jedoch nur ungenügende Aussagen. Insbesondere liegen bis jetzt noch zu wenig gesicherte Erkenntnisse für konkrete Einzelabklärungen vor. (Die Aufarbeitung des Aktenmaterials muss abgewartet werden.) Die Frage der Berichterstattung kann – wie der Bundesrat bereits bei der Beantwortung der Einfachen Anfrage Graf vom 16. September 1991 (Nr. 91.1079) ausgeführt hat – erst nach der Auswertung des über die Stasi-Bedrohung der Schweiz noch zu erwartenden Materials entschieden werden. Die Form der Orientierung der Öffentlichkeit wird dann zumal zu prüfen sein.

*Schriftliche Erklärung des Bundesrates
Déclaration écrite du Conseil fédéral*

Der Bundesrat ist bereit, das Postulat im Sinne der Stellungnahme anzunehmen.

Ueberwiesen – Transmis

91.3405

Postulat Gross Andreas
Einführung des Zivildienstes.
Zusammensetzung der Kommissionen
Institution du service civil.
Composition des commissions

Wortlaut des Postulates vom 11. Dezember 1991

Der Bundesrat wird gebeten, sich darum zu bemühen, dass in allen von ihm einzusetzenden Kommissionen zur Konkretisierung des in der Wintersession 1991 auch im Ständerat verabschiedeten Verfassungsartikels zur Einführung des Zivildienstes immer auch jugendliche Betroffene, friedenspolitisch Andersdenkende und Frauen angemessen vertreten sind und so von Anfang an ihre Vorstellungen und Interessen vertreten können.

Texte du postulat du 11 décembre 1991

Dans le but de concrétiser l'article constitutionnel prévoyant l'institution du service civil, article que le Conseil des Etats a lui aussi adopté durant la session d'hiver 1991, le Conseil fédéral sera appelé à mettre sur pied des commissions. A cet égard, il est invité à faire en sorte que les jeunes directement concernés, les personnes ayant des vues différentes en matière de politique de paix et les femmes soient représentés de manière équilibrée dans toutes ces commissions et puissent ainsi, dès le début, défendre leurs idées et leurs intérêts.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Aguet, Bäumlín, Béguelin, Bodenmann, Brunner Christiane, Bundi, Carobbio, Danuser, de Dardel, Eggenberger, Fankhauser, von Felten, Goll, Häering Binder, Hafner Ursula, Hämmerle, Herczog, Hubacher, Jeanprêtre, Jöri, Ledergerber, Leemann, Leuenberger Ernst, Matthey, Meyer Theo, Rechsteiner, Ruffy, Steiger, Strahm Rudolf, Vollmer, Züger (31)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Der Urheber verzichtet auf eine Begründung und wünscht eine schriftliche Antwort.

*Schriftliche Erklärung des Bundesrates
vom 19. Februar 1992*

*Déclaration écrite du Conseil fédéral
du 19 février 1992*

Der Bundesrat ist bereit, das Postulat anzunehmen.

Ueberwiesen – Transmis

91.3397

Postulat Loeb François
Anpassung
der Anlagerichtlinien des AHV-Fonds
an die BVG-Richtlinien
Placements du Fonds AVS.
Adaption des directives
à celles de la LPP

Wortlaut des Postulates vom 5. Dezember 1991

Der Bundesrat wird gebeten, die Anlagerichtlinien des AHV-Fonds möglichst rasch in Richtung der BVG-Richtlinien zu lockern.

Texte du postulat du 5 décembre 1991

Le Conseil fédéral est prêt d'assouplir au plus vite les directives du Fonds AVS en matière de placements de manière à les adapter à celles de la LPP.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Aregger, Bonny, Bühler Gerold, Cincera, Dettling, Gysin, Heberlein, Hegetschweiler, Miesch, Steinegger, Stucky, Wanner (12)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Ein Bankfachmann schrieb kürzlich: «Unter der Annahme, die AHV hätte seit 1948 nur 7 Prozent ihrer jeweiligen Aktiven in Aktien investiert (statt 100 Prozent in Obligationen), wäre ein Mehrertrag von rund 3 Milliarden Franken zu verzeichnen gewesen. Die veralteten Anlagebestimmungen haben Steuerzahler, Arbeitnehmer und AHV-Bezüger unnötige Milliarden gekostet.»

Es ist aus historischer Sicht zwar verständlich, dass der AHV-Fonds wesentlich engeren Anlagerichtlinien unterliegt als die übrigen Institutionen der beruflichen Vorsorge. In der heutigen Zeit jedoch sollte unbedingt eine Lockerung in Richtung der BVG-Anlagerichtlinien erreicht werden. Dies, einerseits um eine bessere Realverzinsung des AHV-Fonds zu erreichen, andererseits um im zusammenrückenden Europa dem AHV-Fonds die Möglichkeit zu geben, seine Mittel auch in Fremdwährungsobligationen und in- und ausländischen erstklassigen Aktien anzulegen.

Die Mittel der AHV für kommende Generationen werden knapp, dem AHV-Fonds dürfen keine künstlichen Fesseln mehr angelegt werden, welche schliesslich zum «Verschenken» von Geldern durch schlecht rentierende Anlagen führt. Zudem ist die Frage zu prüfen, ob die restriktiven AHV-Fonds-Anlagekriterien europatauglich sind.

Es liegt auf der Hand, dass bei Aktienbesitz durch die AHV-Fonds Wettbewerbsneutralität und der Verzicht auf Beherrschung von Unternehmen eingehalten werden müssen.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates vom 12. Februar 1992
Déclaration écrite du Conseil fédéral du 12 février 1992

Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Ueberwiesen – Transmis

91.3403

Postulat Zisyadis
Sonderzuschlag zum Ortszuschlag für das PTT-Personal
Personnel des PTT. Allocation complémentaire à l'indemnité de résidence

Wortlaut des Postulates vom 10. Dezember 1991

Das Eidgenössische Personalamt richtet den PTT-Angestellten je nach Wohnort einen Sonderzuschlag zum Ortszuschlag aus.

Während die meisten grossen Städte (Genf, Zürich, Bern) als ganze Agglomerationen berücksichtigt sind, beschränkt sich die Region Lausanne auf fünf Gemeinden.

Der Bundesrat wird aufgefordert, die Zone Lausanne auf alle Städte der Agglomeration auszuweiten.

Texte du postulat du 10 décembre 1991

L'Office fédéral du personnel verse une allocation complémentaire à l'indemnité de résidence aux employés PTT selon leur lieu de résidence.

Si la plupart des grandes villes (Genève, Zurich, Berne) sont comprises sous forme d'agglomération, la région lausannoise est réduite à 5 communes.

Le Conseil fédéral est invité à élargir la zone lausannoise à l'ensemble des villes de l'agglomération.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Spielmann (1)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit
L'auteur renonce au développement et demande une réponse écrite.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates vom 12. Februar 1992
Déclaration écrite du Conseil fédéral du 12 février 1992

Le Conseil fédéral est prêt à accepter le postulat.

Ueberwiesen – Transmis

91.3422

Postulat Tschuppert Karl
Landwirtschaftsprozent
ICHA en faveur de l'agriculture

Wortlaut des Postulates vom 12. Dezember 1991

Damit die schweizerische Landwirtschaft in einem international veränderten Umfeld auch in Zukunft ihre Aufgaben im Interesse der Bevölkerung wahrnehmen kann, ersuche ich den Bundesrat, folgende Massnahmen zu prüfen:

- Ausdehnung der Wust auf die Lebensmittel (Aenderung der Freiliste);
- Erhebung eines Landwirtschaftsprozentes auf der bestehenden Wust.

Texte du postulat du 12 décembre 1991

Afin que l'agriculture suisse puisse – dans l'intérêt de la population – continuer à assurer ses tâches dans le nouvel environnement international, je prie le Conseil fédéral d'examiner les mesures suivantes que sont:

- l'assujettissement des produits alimentaires à l'ICHA (modification de la liste franche);
- le prélèvement sur l'ICHA existant d'un pour cent en faveur de l'agriculture.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Bezzola, Binder, Bonny, Bühler Simeon, Bühler Gerold, Bürgi, Cincera, Daepf, Dettling, Frey Walter, Früh, Giger, Hari, Heberlein, Hess Otto, Jäggi Paul, Kühne, Leu Josef, Mauch Rolf, Maurer, Mühlemann, Nabholz, Philipona, Rutishauser, Scheidegger, Schwab, Spoerry, Steinegger, Tschopp, Wanner, Wittenwiler, Wyss (32)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Die Verhandlungen der Uruguay-Runde stehen kurz vor dem Abschluss. Obwohl das definitive Verhandlungsergebnis noch nicht vorliegt, ist damit zu rechnen, dass die mengenmässigen Beschränkungen bei den Einfuhren aufgehoben und durch Zölle ersetzt werden, die dann etappenweise eliminiert werden sollen. Dadurch werden die Agrarpreise in der Schweiz drastisch reduziert. Gemäss Informationen des Gatt ist eine Reduktion der Agrarpreise um 30 bis 50 Prozent innerhalb sechs Jahren zu erwarten. Selbst dann, wenn die Gatt-Verhandlungen scheitern, wird die Entwicklung aus verschiedenen Gründen künftig in die vorgezeichnete Richtung gehen.

Es zeichnen sich somit schwerwiegende Auswirkungen für die schweizerische Landwirtschaft ab. Zahlreichen Landwirtschaftsbetrieben würde damit die Existenzgrundlage entzogen.

Um dieses drohende «Bauernsterben» zu verhindern, schlägt der Bundesrat die Entrichtung von Direktzahlungen vor. Diese sollen produktionsneutral in Form von Flächen- und Betriebsbeiträgen ausbezahlt werden.

Angesichts der angespannten Finanzlage des Bundes sind Direktzahlungen an die Landwirte als Kompensation für die Einkommenseinbussen aber keinesfalls sichergestellt, und das verunsichert die Landwirtschaft noch zusätzlich. Es ist zu befürchten, dass unter solchen Umständen die Landwirtschaft die ihr zugewiesenen Aufgaben wie

- Versorgung der Bevölkerung in Zeiten gestörter Zufuhr;
- Aufrechterhaltung einer dezentralisierten Besiedlung (regionalpolitische Aspekte); und
- eine notwendige Pflege der Landschaft nicht mehr wahrnehmen kann. Es sind deshalb finanzielle Mittel bereitzustellen, die nicht aus dem ordentlichen Budget stammen (Separatfinanzierung für gemeinwirtschaftliche Leistungen der Landwirtschaft).

Postulat Loeb François Anpassung der Anlagerichtlinien des AHV-Fonds an die BVG-Richtlinien

Postulat Loeb Placements du Fonds AVS. Adaption des directives à celles de la LPP

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1992
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	12
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	91.3397
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	20.03.1992 - 08:00
Date	
Data	
Seite	630-631
Page	
Pagina	
Ref. No	20 021 066

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.